

# Die Stimme

Organ des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Verleger: Gewerkschaftsbund der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.O. 15, Postfach 221  
 Redaktion: Berlin N.O. 15, Postfach 221  
 Druck: Berlin N.O. 15, Postfach 221  
 Abonnementpreis pro Quartal 3.00, pro Jahr 10.00, pro Ausland 12.00  
 Einzelhefte 20 Pfennig  
 Anzeigen die 4-spaltige Zeile 20 Pfennig  
 Arbeitsanzeigen 15 Pfennig  
 Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

## Wandlungen.

Die Tagungen der Arbeitnehmer- wie Arbeitgeber-Verbände werden von jeher von der breiten Öffentlichkeit mit dem größten Interesse verfolgt. Tritt doch hier ein Spiegelbild über die Einstellung zu den wichtigsten Wirtschaftsfragen zutage, was einer besonderen Beachtung verdient. Mehr denn je war daher das Augenmerk auf die diesjährige Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, welche vom 3.-4. September in Dresden stattfand, gerichtet. Schon längere Zeit machte sich in dieser Gruppe nahestehenden Presse eine gewisse Wandlung in der Schreibweise bemerkbar, die die Anerkennung der jetzigen Staatsform wurde nicht mehr so schroff abgelehnt. Auch kam hin und wieder ein gewisser Verständigungswille zum Ausdruck, man sah deshalb der diesjährigen Tagung mit einer gewissen Spannung entgegen. Letztere hat insofern eine gewisse Berechtigung gefunden, wenn nach den Berichten der maßgebenden Tagespresse die diesjährige Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ein Ereignis anscheinend weitreichender innerpolitischer Bedeutung gewesen ist. Der Besuch war, wie stets, ein außerordentlich starker, auch die Regierung war zahlreich vertreten. Der bekannte Geheimrat Duisburg sprach einleitend über seine Weltreise, wobei er hervorhob, daß die Vereinigten Staaten ihn belehrt haben, daß eine „das Verantwortungsgefühl des einzelnen Individuums wachende Sozialpolitik nicht kennen. Eine Besserung der Wirtschaftslage erwartet er von einer Handelspolitik, die bestrebt ist, den Export zu fördern und den Import zu verkleinern. Des Weiteren betonte er: „Der Klassenkampf muß verschwinden und der Gemeinschaftsgeist stärker in die Erscheinung treten.“

Als zweiter Hauptredner erläuterte Geheimrat Kastl die wirtschaftlichen Forderungen der Industrie“. Dieselben decken sich mit dem bekannten Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes, wie Ablehnung des staatlichen Schlichtungswesens, Abbau der sozialen Ausgaben und dergl.“ Der Redner schloß mit dem Bekenntnis, daß der Reichsverband der deutschen Industrie nicht gegen Regierung und andere Wirtschaftsgruppen, sondern mit der Regierung und den andern Wirtschaftsgruppen am Wiederaufstieg Deutschlands arbeiten wolle. Dies ist immerhin ein wertvolles Bekenntnis, wenn früher Klang es anders.

Der nächste Redner Reichsfinanzminister Dr. Reinhold machte längere finanzpolitische Ausführungen.

Der zweite Tag brachte dann, das in der Presse so vielfach besprochene Referat des Generaldirektors Dr. Silverberg, welches der Tagung eigentlich die größte Beachtung brachte. Dr. Silverberg, der an führender Stelle dem Präsidium des Reichsverbandes angehört und zu den Industriegrößen gehört, deren Wort Gewicht hat, betonte, daß sich im deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen habe. Er begründete dies damit, daß das deutsche Unternehmertum heute reiflos auf staatsfähigem Standpunkte stehe, daß es in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiter anerkenne, und daß es den Ausschluß der Sozialdemokratie von der Regierung für einen auf die Dauer in jedem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträglichen und schädigenden Zustand ansehe, weshalb es die Heranziehung der Sozialdemokratie zur verantwortlichen Mitarbeit fordere.

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die Gewerkschaften aller Richtungen sich mit den Ausführungen von Dr. Silverberg beschäftigten. Die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben enthält gleichzeitig eine glatte Frage an die gelben Gewerkschaften, ob auch den Worten die Taten folgen werden, muß abgewartet werden. Der immerhin hat Dr. Silverberg in ein Bestreben gesprochen, denn die ganze reaktionäre Presse stimmt ein wahres Inanergeheul an. Was die Gewerkschaftsfrage betrifft, so wird die Rede von Dr. Silverberg rein sachlich behandelt, man gibt sich keinen Illusionen hin, läßt aber überall durchblicken, daß man, allerdings unter bestimmten Voraussetzungen, zur Mitarbeit bereit ist.

Die erste Antwort an Dr. Silverberg erfolgte seitens des Gewerkschaftsrings vom Gewerkschaftsbund der Angestellten. Dieser war gerade am 5. September auf seiner Tagung in Hamburg versammelt und konnte dementsprechend zu der Wandlung der Industrie Stellung nehmen. Der Bundesvorsteher, Reichstagsabgeordneter Schneide r erklärte unter demonstrativen Beifall, daß der GDA „heute wie damals“ (Tagung Frankfurt a. M.) zur Verständigung bereit sei und er stellte die Frage: „Worin besteht das Angebot?“ Mit allem Nachdruck hob er hervor:

„Noch einmal machen wir eine Novemberarbeitsgemeinschaft nicht mit, aber ein ehrliches Angebot schlagen wir nicht aus.“

Der auf derselben Tagung anwesende Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wies auf die politische Seite der Rede von Dr. Silverberg hin, indem er betonte:

„Die deutsche Republik wird von Tag zu Tag kräftiger. Das, was auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie gesagt worden sei, zeige, wie sehr der Geist des sozialen Verständigungswillens und staatsbejahender Auffassung mehr und mehr Allgemeingut unseres Volkes werde.“

Der Vorsitzende des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Leipart gibt auf die Rede von Dr. Silverberg im Vorwärts folgende Antwort:

„Nach meiner Kenntnis der führenden Personen im Reichsverband der deutschen Industrie glaube ich nicht, daß ihr Bekenntnis zur Republik nur ein taktischer Schachzug ist. Herr Silverberg hat in seiner Rede mehrfach betont, daß sich bei den Unternehmern eine „Wandlung der Geister“ vollzogen habe, und daß sie die feste Einstellung zum jetzigen Staat nach schweren inneren Kämpfen gewonnen hätten. Ob diese Wandlung schon endgültig abgeschlossen ist, weiß ich freilich nicht. Aber ich glaube doch, daß die Erklärungen, die Herr Silverberg im Auftrage des Gesamtverbandes der Industriellen in Dresden abgegeben hat, der Ausdruck einer inneren Ueberzeugung sind. Daß diese Ueberzeugung von der Einsicht in die vorhandenen Machtverhältnisse eingegeben ist, erscheint mir allerdings nicht zweifelhaft. Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder wieder beseitigen könnten. Auf die Frage an die Wiederaufrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft, antwortet Leipart:

Für die Gewerkschaften muß ich diese Frage verneinen. Ich glaube aber auch nicht, daß dieser Gedanke bei den Unternehmern vorhanden ist.

Auf die Frage: Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenarbeit in einer Regierung die sozialen steuerlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterschaft mit größerer Aussicht auf Erfolg sicher gestellt werden, oder nicht? antwortet Leipart: Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergroßen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind.

Seitens der christlichen Gewerkschaften beschäftigt sich Adam Stegerwald in der Kölnischen Volkszeitung mit der Rede von Dr. Silverberg. Stegerwald anerkennt die Ehrlichkeit der Gesinnung desselben als unbestritten, fährt dann aber fort:

„Auffällig ist der gewaltige Gegensatz, der sich kundgibt zwischen der praktischen Haltung zahlreicher Industrieller und den Silverberg'schen Ausführungen. Beides steht zeitlich so in einem Zusammenhang, daß wohl die Frage am Platze ist, ob man denn in der Industrie von gestern auf heute umgelernt hat. Die Weigerung zum Abschluß von Tarifverträgen und die sich wiederholenden Versuche, sogenannte Werksgemeinschaften zum Träger von Tarifverträgen zu machen, bekunden den Gegensatz zwischen Wort und Tat, ebenso wie die Angriffe auf das Reichsarbeitsministerium, eben weil

Es die Gewerkschaften als berufene Arbeitervertretung auch gesetzlich anerkennen will. Nur eine Möglichkeit scheint es zu geben, die deutschen Industriellen und ihre Organisationen von dem Vorwurf der Zweipoligkeit zu befreien: die nochmalige schriftliche Vereinbarung mit den Gewerkschaften, daß nur die Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiter anerkannt werden, analog den Abmachungen vom November 1918, und die sofortige Einstellung aller materiellen und ideellen Förderung der selben Verbände. Sind dazu die oder alle deutschen Wirtschaftsführer und die Verbände der Arbeitgeber bereit?"

Zum Schluß sei noch auf die Berliner Volkszeitung hingewiesen, welche in einem Artikel „Offene Fragen“ zu der Rede von Dr. Silberberg Stellung nimmt. Sie wirft die Frage auf: Warum kommt das Bekenntnis so spät? und führt dann aus: Warum mußten diese wahnsinnigen, volkszerfleischenden, mörderischen 7 Jahre mit ihrem unglücklichen Schaden für Deutschland über uns dahingehen, ehe die Erkenntnis der Industrieunternehmer gereift war? Sie selbst rühmten sich so sehr ihrer Klugheit und einzigen staatsrettenden Fähigkeit. Es kann doch nicht so sehr weither damit gewesen sein, wenn die Unternehmerschaft jetzt erst in den richtigen Zug einsteigt, nachdem sie viele Jahre lang mit falschen Bügen in der Irre herumkutscherte. Papitane, wie sich die Großindustriellen so gern nennen ließen, pflegen nicht jahrelang mit falschem Kurs zu fahren.

Und daraus erwächst die zweite noch wichtigere Frage: Beruht das heutige Bekenntnis der Industrie nun jetzt wenigstens auf wirklicher, ehrlicher Erkenntnis — oder ist es nicht bloße Zweckpolitik, bloße Angst, den Anschluß zu verpassen? Manches spricht leider für die letztere Annahme, auch wenn man Dr. Silberberg persönlich gern glauben möchte; und man muß davon reden, damit aus dem Halben endlich ein Ganzes werden kann. An einer Stelle seiner Rede deutet Dr. Silberberg an, daß nach seiner Meinung die Unternehmer schon im Frieden mit ihrer absoluten Verneinung der Gewerkschaften im Irrtum waren. Ganz richtig. Wie war es dann aber möglich, daß sie diesen Irrtum nach dem gewaltigen Kriegserlebnis auch nur einen Tag noch fortsetzen, ja zu einer beispiellosen Heiße gegen alle Gewerkschaftsorganisationen und gegen die beschriebenen Anfänge eines Mitbewaltens des Volksgutes durch die Arbeiter- und Angestelltenchaft im Betriebsrätegesetz steigern konnten? Wenn die Befähigung zum Führer u. a. darin besteht, große Volksströmungen richtig zu erfassen, dann hat die deutsche Unternehmerschaft ihre Unfähigkeit zum Führer nach dem Kriege wahrlich lädenlos erwiesen. Sie hat eine geradezu erschreckende Ignoranz und blinde Herrschsucht gezeigt. Und deshalb fällt es schwer, an innerliche Befehrung zum Bessern zu glauben, deshalb liegt es nahe, vorläufig nur ein Beugen vor der Macht der großen republikanischen Organisationen anzunehmen, bis durch Taten die wirkliche Wandlung erwiesen ist. Die Unternehmerschaft hat diesen Hauptbeweis erst noch zu erbringen, denn ein Lippenbekenntnis zur formalen Republik kann gerade hier nicht genügen. Auch in Silberbergs Rede stecken noch Reste des falschen Führermuts. So, wenn er sagte, die Arbeiterorganisationen hätten eines nie gekannt und würden es nie können: Arbeit beschaffen. Ein Wirtschaftsführer sollte nicht solche Torheit reden. Er müßte wissen, wie umfangreich die Arbeitsbeschaffung durch die Organisationen der Arbeiter und Beamten auf dem Gebiete des Konsumvereinswesens und durch die junge Bewegung der Bauhütten auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist — um nur einiges zu nennen —; er müßte wissen, wie viele Unternehmer früher Arbeitnehmer waren und daß die Frage der Arbeitsbeschaffung im wesentlichen eine Frage der Verfügung über das Geld ist.

Man sieht schon aus diesen wenigen aufgeworfenen Fragen, wieviel die Unternehmer-, Führer noch zu lernen haben, wieviel sie noch an Hochmut ablegen müssen, wenn sie beweisen wollen, daß es ihnen ernst ist mit ihrem Bekenntnis zur Gleichberechtigung aller Volksgenossen, zur wahren Volksgemeinschaft — denn anders hätte das Bekenntnis zur Republik keinen Sinn.

## Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zur Rede Dr. Silberberg's.

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände nahm in einer erweiterten Vorstandssitzung Stellung zu der auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutsch. Industrie durch Dr. Silberberg aufgeworfenen Frage einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Voraussetzungen dafür sind für den Gewerkschaftsring:

Borbereitete Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer, endgiltige Verzichtleistung auf Unterstützung und Begünstigung der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbände und Werksgemeinschaften, Anerkennung des Tarifvertragsgedankens und des Schlichtungsprinzips.

Anerkennung der Erhaltung und Weiterführung der Sozialpolitik.

Unter diesen Voraussetzungen ist der Gewerkschaftsring zu einer den heutigen Volksstaat bejahenden Verständigung bereit.

Wenn es also dem Reichsverband der deutschen Industrie in seinem auf der Dresdener Tagung ausgesprochenen Angebot ernst ist, muß zu diesen Fragen eine klare, unzweideutige Stellungnahme erfolgen.

## Heraus aus der Reserve.

Die in der letzten Nummer der „Eiche“ und im Nachrichtenblatt gegebenen Anregungen zwecks Agitation haben in den Mitgliedschaften den größten Anklang gefunden. Aus allen Zellen des Reiches wird das neue Flugblatt verlangt. Meldungen über Wiedereröffnung früherer Mitglieder und Neuaufnahmen laufen jetzt her ein, ein Beweis, daß der Erfolg nicht ausbleibt, wenn nur die Sache richtig angefaßt wird. Diese angefangene Werbetätigkeit darf nicht zum Stillstand kommen. Die uns für die nächste Zeit gestellten Aufgaben können nur gelöst werden, wenn die Kollegen und Kolleginnen restlos hinter ihrer Organisation stehen. Die geringe Besserung auf dem Arbeitsmarkt darf uns nicht in den Glauben verfehlen, daß die schwere Krise überwunden ist. Im Gegenteil, es wird der Einsetzung aller Kräfte bedürfen, um das Land, der von der Arbeitslosigkeit so schwer betroffenen, nur einigermaßen menschlich zu gestalten. Wieviel trauriger würde die Lage noch sein, wenn hier die Arbeiterorganisationen, vor allen die Gewerkschaften nicht bahnbrechend gewirkt hätten. Es nötigt den alten Kämpfern der Gewerkschaftsbewegung oft ein stilles Nüchtern ab, wenn man daran denkt, wie wir ob der Sorge für die Arbeitslosen von den freien Gewerkschaften verhöhnt und verspottet wurden, man nannte uns Harmoniebedufler, man erblickte in der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung eine Verflachung des Klassenkampfes. Heute klingt es anders, heute erblickt man in der Sorge um die Arbeitslosen eine der Hauptaufgaben. Das ist gut so, denn das ganze Arbeitslosenproblem wird noch nicht auf heute und morgen gelöst werden. Auch hier wird es von der Stärke der Organisation abhängen, welchen Einfluß wir auf die maßgebenden Körperschaften gewinnen können.

Eine der schlimmsten Erscheinungen sind die Vorgänge in der Preistreibererei auf dem Wirtschaftsmarkt. Die Preise für Mehl und andere Lebensmittel haben eine Höhe erreicht, die einfach nicht mehr zu ertragen werden können, geschweige denn von den Arbeitslosen. Im Organ des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes vertritt Herr Schmalzfeldt allerdings die Ansicht, daß das deutsche Volk an der Preissucht leide und die Teuerung nur durch die Einführung so vieler Lebensmittel aus dem Ausland herbeiführen. Wir wollen an dieser Stelle auf die Gründe für die Teuerung nicht weiter eingehen. Für uns besteht die Tatsache, daß die Teuerung vorhanden ist, und wir alle Mittel zur Bekämpfung anzuwenden müssen. Die Erstrebung einer zeitgemäßen Entlohnung wird stets mit einer der Hauptaufgaben sein. Die Holzindustrie, Organ des Arbeitgeberverbandes wirft in ihrer Nummer vom 17. September bereits die Frage auf: „Ist zur Zeit mit Lohnforderungen im Holzgewerbe zu rechnen?“ Es erübrigt sich auch hier auf diese Frage näher einzugehen, das wird ganz von den Verhältnissen abhängen. In verstärkter Form werden allerdings unseres Erachtens Lohnforderungen zu gegebener Zeit überall dort gestellt werden, wo die Unternehmer trotz Warnungen diese schwere Wirtschaftskrise weitblickend ausgenützt haben, um Lohndruck auszuüben.

Im Leitartikel haben wir auf die Wandlungen in der Industrie hingewiesen, auch hier wird viel davon abhängen ob den Worten die Daten folgen werden. Unsere Spitzenorganisation, der Vorstand des Gewerkschaftsringes hat eine klare unzweideutige Stellungnahme zu den von ihm gestellten Fragen verlangt. Die Möglichkeit besteht, daß sich aus dem Verhalten der Industrie Folgerungen ergeben, die heute noch nicht zu übersehen sind. Es wird auch hier sehr viel davon abhängen, welche Macht hinter den Führern steht. Auf jeden Fall haben wir alle Ursache die Kräfte zu sammeln, um uns vor unliebsamen Ueberraschungen zu schützen. In diesem Zusammenhange sei auf den Artikel 165 der Reichsversammlung hingewiesen, derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“

Welche gewaltigen Aufgaben erwachsen uns in diesen Bestimmungen. Der Aufgabenkreis wird ständig erweitert. Nicht mehr gilt es nur durch Festsetzung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Lage des Arbeiters zu erleichtern, sondern als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsprozess müssen wir unsere Kräfte zur Verfügung stellen. Es dürfte jedem Unbefangenen ohne weiteres einleuchten, daß auf diesem Wege sehr viel zu erreichen ist. So müssen wir in jeder Weise vorbereitet dastehen, um im gegebenen Augenblick die richtigen Männer an die richtige Stelle stellen zu können, sehr viel hängt von dieser Tatsache ab.

Mit dem Märchen von der Unlöslichkeit der Gewerkschaften und Gewerkschaften muß endgiltig aufgegeben werden. Diese Leute, welche solche Mär verbreiten, sind Menschen von Dummheit und Interesselosigkeit, ohne Hoffnung und Glauben. Werft ab allen Ballast, der uns an der Aufwärtsbewegung hindert. Wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht unsere ganze Kraft für die Bessergestaltung unserer Lebenshaltung einzusetzen, damit auch wieder Sonne in unsere Herzen scheint. Diese Sonne kommt jedoch nicht von selbst, alles muß erarbeitet werden, stellen wir alle Gedanken beiseite, heraus aus der Reserve, dann wird das Ziel erreicht werden, welches wir uns als Gewerkschafter gesteckt haben.

## Der Arbeitsmarkt.

Die Merkmale eines leichten Konjunkturanstieges auf dem Arbeitsmarkt, sind nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes vom 6. September 1926 vorhanden. Es zeigt sich jedoch, daß die Bewegungen nur ganz langsam und vielfältig gehemmt sind durchgehenden Vermögen. Die Metall- und Holzindustrie zeigen nur vereinzelt örtlich bessere Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte, insbesondere für Spezialarbeiter. Die Berichte typischer Betriebe in der Holzindustrie weisen eine geringere Besserung des Beschäftigungsgrades auf, die sich insbesondere auf Sägewerke und Möbelindustrie erstreckt.

Die Lage im Handwerk wird überwiegend als ungünstig bezeichnet, besonders fühlbar war der Mangel an landwirtschaftlichen Aufträgen die in dieser Jahreszeit die Beschäftigung — namentlich im Stellmachergewerbe — belebten. Nur die Bautischler konnten vereinzelt von einer Besserung des Auftragseingangs sprechen. Die Berichte aus der Holzindustrie melden weiterhin Betriebseinschränkungen und Stilllegungen. Die Haus- und Küchengeräteindustrie hat zwar genügend Aufträge bekommen, man klagt jedoch über gedrückte Preise.

In der Bürsten- und Korbwarenindustrie hob sich der Umsatz noch nicht. In der Bürstenindustrie leidet man insbesondere unter ausländischer Konkurrenz.

In der Spielwarenindustrie hat sich das Geschäft in der letzten Zeit etwas belebt.

In der Berliner Holzindustrie ist nach den letzten Berichten in der Möbelindustrie und in den Branchen, die mit derselben im Zusammenhang stehen, wie Maschinenarbeiter, Möbelpolierer eine Zunahme von offenen Stellen zu verzeichnen.

Auch in der Musikinstrumentenindustrie hat sich die Lage etwas verbessert. Ganz besonders schlecht ist die Lage in den Holzbildhauereien. Die Arbeitslosen nehmen in diesen Branchen fortlaufend zu. Im allgemeinen ist die Lage in der gesamten Holzindustrie schlecht.

In der Zeit vom 6.—11. September 1926 war das Verhältnis in Berlin wie folgt:

	Männliche über 18 u. 18 J.	Weibliche über 18 u. 18 J.
Zahl der in der Berichtswoche vorhandenen offenen Stellen	622	18
Davon zurückgezogen	72	7
Gesamtzahl der in der Berichtswoche erfolgten Vermittlungen	550	11
Davon Aushilfen	162	—
Gesamtzahl der am Berichtstage vorhandenen Arbeitssuchenden	15539	487
(Siehe Tagesmeldung Spalte 23)		
Davon über 65 Jahre	1204	—
Gesamtzahl der am Berichtstage vorhandenen Unterstützungsbezieher	11037	387

In der Uhrenindustrie ist die Lage im Reiche unverändert.

In der Musikinstrumentenindustrie ist keine Zunahme der Nachfrage eingetreten.

Im Eisenbahnbau sind neue Aufträge in nennenswertem Umfang nicht eingegangen. In der Privatindustrie regte sich für den Waggonbau ein begrenztes Interesse, es kam jedoch nicht zu Abschließen.

Im Schiffbau hat sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert. Auf den Hamburger und Kieler Werften sind weitere Entlassungen vorgenommen worden.

Die Bautätigkeit hat in den einzelnen Bezirken etwas gesteigert. Die Sonderkredite des Reichs und einer Anzahl Gemeinden für Wohnungsbauten und Hausbauarbeiten bezogen sich am Baumarkt auszuwirken. Die Belebung war namentlich in Großstädten wie Berlin und Stuttgart unerkennbar. Allerdings traf dies nicht für alle Landstriche, besonders nicht für Ostpreußen zu. Die eigentliche Privatbautätigkeit in Industrie, Handel und Gewerbe blieb noch sehr gering.

## Die inneren Voraussetzungen für die Wiederherstellung der deutschen Weltgeltung.

Vortrag des Bundesvorstands-Mitgliedes Heinz Thal-Berlin auf dem dritten deutschen Angestelltenkongress (dritter Bundestag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten) am 5. September in Hamburg, Großer Festsaal der Musikhalle.

Um Deutschlands Weltgeltung zurückzuerobern, bedarf es der Zusammenfassung aller Volkskräfte. Alle Versuche, unter Aufrechterhaltung und zu Lasten wesentlicher Volksteile, das größte außenpolitische Ziel zu erreichen, sind zum Scheitern verurteilt. Deshalb darf auf die freudige gleichberechtigte Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter nicht verzichtet werden. Das bedingt, daß neben dem freien Staatsbürgertum das Wirtschaftsbürgertum der Angestellten bezw. der Arbeitnehmer überhaupt vorbehaltlos anerkannt wird. Dieses Wirtschaftsbürgertum ist in der Verfassung von Weimar fest verankert. Die notwendige Freiheit der Wirtschaft wird damit keineswegs unterdrückt. Im Gegenteil, es werden Kräfte aufgelöst, die fruchtbare nationale Arbeit zu leisten vermögen. Bei der Syndizierung, Kartellierung und Vertrustung kann man von einer Beengung der Freiheit des einzelnen Unternehmers sprechen. Die Wirtschaftsdemokratie verbürgt dagegen die Auswirkung brachliegender wertvoller Kräfte zum Nutzen des einzelnen Betriebes und der gesamten Wirtschaft. Wir müssen deshalb daran festhalten, daß das Betriebsrätegesetz als erster praktischer Ausdruck wirtschaftlicher Demokratie unter allen Umständen erhalten bleibt und verbessert wird. Bezirkswirtschaftsräte und der endgültige Reichswirtschaftsrat müssen sich angliedern. Aber gerade diese Neugestaltung der Wirtschaftsführung stößt auf den offenen und geheimen Widerstand des rückwärtlichen Teils der Unternehmer. Das gleiche zeigt sich auf dem Gebiete des Schlichtungswesens und der Tarifpraxis. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß ein großer Teil der Arbeitgeberchaft die Größe dieser sittlichen Gedanken noch nicht erfasst hat oder nicht erfassen will. Die Nationalisierung muß einen großen Preisabbau im Gefolge haben und darf keinesfalls zu Erhöhungen der Gewinnquote mißbraucht werden. Ein Preisabbau würde eine baldige Neubelebung der Wirtschaft und eine Eingliederung der gegenwärtig Stellenlosen herbeiführen. Es liegt im Wesen der Nationalisierung, die miteinander konkurrierenden Betriebe zusammenzulegen. Unermessliche Gefahren drohen aber dem Staate, wenn die damit verbundene Vertrustung nur dem Zwecke dient, die Profitquote weniger Machthaber zu erhöhen. Kommt die internationale Kartellierung, dann besteht die Gefahr, daß der Staat nur noch im Zeichen dieser Wirtschaftsmächte marschiert. Sie legen die Preise fest, sie teilen international die Absatzgebiete auf, sie bestimmen die Produktionsmenge und zwingen nicht nur die bearbeitenden Industrien sondern die gesamte Konsumentenchaft in ihren Bann. Es wird je nach Bedarf die Arbeitslosigkeit vermehrt oder vermehrt und die Lebenshaltung jedes einzelnen beeinflusst. Auch um diesen Prozeß der Konzentration nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer und der übrigen Verbraucherschaft auszuweichen zu lassen, ist es unbedingt erforderlich, daß die Arbeiter und Angestellten als Gleichberechtigtes Glied in die Wirtschaft eingegliedert werden und ebenfalls internationale Beziehungen zu ihren Kreisen aufnehmen. Erforderlich ist auch im Zusammenhange die aktive Beteiligung der Angestellten und Arbeiter an der Handels- und Zollpolitik. Gerade bei der Handels- und Zollpolitik hat der Staat die größte Möglichkeit, das Gesamtinteresse gegenüber einseitiger Interessenwirtschaft zu wahren. Schutzzoll oder Freihandel sind für uns keine Parteidogmen, keine unumstößlichen Programmpunkte, sondern Fragen der Zweckmäßigkeit. Mit dreifach geheiligten Prinzipien wird man gerade in diesen Fragen in einer Zeit wie der heutigen, keine sinnvolle Wirtschaftspolitik betreiben können. Wenn von der Neugestaltung der Wirtschaft gesprochen wird, darf man auch an der Steuerfrage nicht achtlos vorbeigehen. Alle denkenden Wirtschaftskräfte, auch die Leute die im vergangenen Jahre die sogenannte Steuerreform durchgeführt haben, geben heute zu, daß die Steuerleggebung von 1925 die Rücksichtnahme auf die Gesamtwirtschaft und auf die Gesamtbevölkerung vermissen ließ. Wir haben immer betont, daß im Steuerjahr 1924 2 Milliarden Mark Steuern zu viel aus der Wirtschaft herausgezogen worden sind. Unsere Vertreter im Reichstag, insbesondere unser Bundesvorsteher, Gustav Schneider, haben sich im Jahre 1925 mit allen Kräften bemüht, die damals vorliegenden Steuergesetze den praktischen Bedürfnissen besser anzupassen. Umsatzsteuern, Luxussteuern und die harten Verbrauchssteuern droffeln den Umsatz und wirken dadurch wirtschaftsfeindlich. Wir müssen darauf bestehen, daß wenn wir uns schon mit der schwer brückenden Lohnsteuer abfinden müssen, keine Veränderung und kein Abbau der Besitzsteuern vorgenommen wird, ohne gleichzeitigen entsprechenden Abbau der Lohnsteuer. Wir fordern ferner, daß die Hauszinssteuer nur zu Wohnungsneubauten Verwendung findet.

Je größer die Not, je mehr Sozialpolitik! Wohin es führt, wenn einer unsozial, rein egoistischen Gesinnung u. übereilter Handlungsweise gegenüber kein genügender Schutz vorhanden ist, das sehen wir bei der Frage der älteren Angestellten. Wir fordern nach wie

in einem Alter aus dem Wirtschaftsprozess herausgedrängt worden ist, ohne Sozialpolitik, sondern erst richtig zu arbeiten beginnt. Nicht ohne Sozialpolitik, sondern mit einer großzügigen Sozialpolitik muß die Arbeit an einer besseren Zukunft begonnen und durchgeführt werden. Der Hinweis auf das Friedensdiktat von Versailles und auf die Lasten des Dawesabkommens ist nicht stichhaltig. Jeder Aufruf auf die Sozialgesetzgebung schürt die inneren Kämpfe und zerschlägt die Kräfte, die dann im Ringen des Ganzen nach außen gehen. Gerade weil uns daran liegt, das ganze Volk zu einer Einheit im Kampfe um unsere Weltgeltung zusammenzuführen, warnen wir mit aller Dringlichkeit vor der unausgelebten massen-aufspaltenden Forderung: Fort mit der Sozialpolitik. Sozialpolitik ist heute nicht nur eine soziale Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber der Arbeitnehmerschaft, sondern auch eine täglich fürchterlich in Erscheinung tretende wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie zielt darauf ab, das wertvollste Nationalgut, das wir noch haben, die menschliche Arbeitskraft, vor Raubbau und Unterbewertung zu schützen. Wir warnen auch vor den Bestrebungen, die zusammenhängen in den Ruf: Fort mit den Gewerkschaften. Nicht etwa deshalb, weil wir diesen Ruf zu fürchten hätten. Die Mehrheit der deutschen Arbeitnehmerschaft läßt nicht von ihrem Schutz, den Gewerkschaften. Es ist ein Wahnsinn, zu glauben, die soziale Frage durch die sogenannten Werksvereine zu lösen. Der Werksvereinsgedanke gipfelt im einseitigen Machtstreben, dem die Werksangehörigen sich beugen sollen. Selbst, wenn heute in einzelnen Betrieben die herzlichste Werksvereinsgemeinschaft herrscht, so bleibt nicht ausgeschlossen, daß die Arbeitnehmer morgen schon den Abkehrschein erhalten und dann ohne jeden Schutz einer zentralen Berufsvertretung dastehen. Die Gewerkschaften sind eine Folgeerscheinung der Wirtschaftsentwicklung und sie werden bestehen müssen, solange wir die heutige Wirtschaftsform haben. Je gründlicher man sich damit abfindet, und je offener man das anerkennt, um so eher wird es möglich sein, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gewährleisten. Deutschlands Weltgeltung wird ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften, als der selbstgeschaffenen Vertretung der Angestellten und Arbeiter, nicht zurückzugewinnen sein. Die deutsche Wirtschaft wird nicht wieder voran kommen, wenn sie der Arbeitnehmerschaft nicht die Gleichberechtigung zubilligt. Das Wort Arbeitnehmerschaft ist zur leeren Redensart geworden. Wer die ehrliche Arbeitnehmerschaft will, muß das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Wirtschaftsführung anerkennen. Dann und nur dann kann auch eine wahrhafte und dauernde Volksgemeinschaft entstehen.

Wir im G.D.V. kennen die Not, kennen die Schwierigkeiten und kennen die zu bewältigenden Lasten sehr genau, und dennoch bekennen wir uns freudig zum Gemeinschaftsgeanken, bekennen wir uns für das Recht Deutschlands auf seine Weltgeltung. Wir haben unsere Grundzüge, Forderungen und Ziele am heutigen Tage der Öffentlichkeit in einer besonderen Programmschrift übergeben, die sich „Der 3. Deutsche Angestellten- und Arbeiterkongress“ betitelt. Wir sind überzeugt, damit im Sinne aller deutschen Arbeitnehmer gehandelt zu haben und sind weiter überzeugt, mit unseren Bestrebungen gute nationale Arbeit zu leisten. Ohne nationale Einigung keine internationale Geltung!

### Aus dem gelben Lager.

In letzter Zeit versucht die Schutztruppe des Unternehmertums die sogenannten „vaterländischen Verbände“, die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Die Industrie, welche im allgemeinen jeden Lohnausgleich ablehnt, wirft hier Unsummen aus, um aus den durch die Not der Zeit mürbe gemachten Massen, neue Söldlinge zu gewinnen. Die Hugenbergpresse rührt fleißig die Werbetrommel und versucht die Sache so darzustellen, als ob hinter diesen Drahtziehern die breiten Massen der Arbeiter stehen. Der geschulte deutsche Arbeiter wird sich durch solche Scheinmanöver nicht irritieren lassen, er wird lieber Not und Entbehrung mit seiner Familie auf sich nehmen, ehe er unter das gelbe Unternehmertum kriechen würde. Man hätte daher an für sich keine Ursache sich mit dieser Sumpfpflanze zu beschäftigen. Die politischen Wahlen haben jedoch gezeigt, daß die besonders in der Provinz stark verbreitete Hugenbergpresse eine gewisse Macht ausübt. Von diesem Gedanken ausgehend, halten wir es für zweckmäßig, auf eine von den Gelben an die Reichsregierung gerichtete Eingabe hinzuweisen. Der „Industrieschutz“ Organ des deutschen Industrieschutzverbandes bringt in Nr. 114 vom August 1926 diese Eingabe zum Abdruck. Dieselbe ist gerichtet an den Reichspräsidenten, die Herren Minister des deutschen Reiches, die Minister des Staates Preußen, an die Abgeordneten im Reichstag und Landtag und an die Mitglieder des verläufigen Reichswirtschaftsrates. Unterzeichnet ist die Eingabe vom Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine e. B., gez. Wilhelm Schmidt, W. v. L. Vorsitzender und Reichsbund deutscher Angestellten- und Berufsverbände gez. Dr. Erich Schmidt, Vorsitzender.

Es ist das alte Klageged, welches in der Eingabe zum Ausdruck kommt, man fühlt sich zurückgesetzt, man kann es nicht begreifen, daß die drei Organisationsrichtungen der Freien, Christ-

lichen und Kirch- und anderen Gewerkschaften bei allen Regierungsmaßnahmen als maßgebende wirtschaftliche Faktoren angesehen werden, während man die Führer der vaterländischen Verbände die Türen von draußen ansehn läßt. Ganz besonders schmerzhaft erscheint es ihnen, keine Vertretung im Reichswirtschaftsrat zu haben, im Reichsarbeitsministerium als nicht tariffähig angesehen zu werden, man erblickt darin eine Verletzung der Reichsverfassung und dergl. mehr.

Für uns bedeuten ja diese Klageged nichts neues. Als neu könnte man allenfalls die Berufung auf die Reichsverfassung ansehen. Dieselben Leute, welche jede Gelegenheit benutzen, um die Reichsverfassung in Grund und Boden zu verdammen, berufen sich jetzt auf dieselbe, weil es ihnen in den Kram paßt.

Die Schriftleitung des Industrieschutzes widmet der Eingabe einen Zusatz, welcher eines gewissen Humors nicht entbehrt. Dort heißt es: Wir teilen durchaus die in diesen Ausführungen vertretene Auffassung. Es darf nicht mehr geduldet werden, daß die weitans größte Ueberzahl (!) der deutschen Angestellten und Arbeiter, die sich den Kampfvereinen in richtiger Erkenntnis der vielen den Gewerkschaften zu dankenden Schädigungen ihres eigenen und des Wohles der Gesamtheit fernhalten, wieder Recht und Billigkeit noch fernerhin in der bisherigen Weise benachteiligt und entrechtet werden. Soll das Reichsarbeitsministerium als Domäne der Kampfvereine in der Weise, die in der Eingabe zutreffend (!) geschildert und die allen kritischen Beobachtern der Vorgänge hinlänglich bekannt ist, noch weiterhin zum Nachteil der Wirtschaft und der Volksgemeinschaft verfahren dürfen?

Alle Arbeitgeberorganisationen und alle einzelnen Arbeitgeber müssen mit Entschiedenheit dafür eintreten, daß diese dem Gesamtwohl abträgliche Politik und Elitenwirtschaft beseitigt wird. Jeder Arbeitgeber hat die Pflicht, den Regierungsstellen, insbesondere aber den Reichstagsabgeordneten und Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates seines Wahlkreises gegenüber mit aller Schärfe zum Ausdruck zu bringen, daß unbedingt die Beseitigung dieses Zustandes verlangt wird, daß die große Volksmehrheit es fass hat, besonders auch dem hier in Rede stehenden wichtigsten Gebiete der inneren Politik in ganz unverantwortlicher Weise nur nach den Gesichtspunkten der Partei- und Gewerkschaftsinteressen behandelt zu werden. Wenn diese Stellungnahme mit dem nötigen Nachdruck erfolgt, wird die Besserung nicht ausbleiben.

Es ist geradezu rührend, mit welcher Sorge diese gelben Sumpfvögel betreut werden, aber eine Liebe ist der andern wert. Wir wissen zwar nicht, ob die vaterländischen Verbände eingeschriebene Mitglieder im Industrieschutzverband sind, oder ob sie nur unterstützt werden. Auf jeden Fall dürfte auch der Führung des Industrieschutzverbandes zur Genüge und aus eigener Erfahrung bekannt sein, daß Organisationen, welche vom Unternehmertum ausgehalten werden, von keinem vernünftig denkenden Menschen als Vertretung der Arbeiter und Angestellten angesehen werden, und dieselben niemals Anspruch auf eine wirtschaftliche Vertretung haben können. Von dem Geist welcher die Tagung des Reichsverbandes der Industrie beherrschte, scheint im Industrieschutzverband nichts bekannt zu sein. Unsere Mitglieder müssen auch diesen Vorgängen aufmerksame Beachtung schenken, die Verarbeitung muß mehr denn je einsehen, das ist die beste Antwort auf solche Eingabe.

## Tüchtiger Celluloidarbeiter

auf Stockgriffe, (speziell guter Sohlbleger, findet

### dauernde Beschäftigung

bei Lag & Bopescu, Stockfabrik, Bratislava, Rakstorfska cesta 1513.



## Einheitliche Vereins-Abzeichen

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Dergleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberfranz und der Zahl 25 in der Größe für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.